



RATING KURZ NOTIERT

Moody's plant Massen-Herabstufung

Die Rating-Agentur Moody's überprüft wegen der Coronavirus-Krise und des Ölpreis-Verfalls die Bonitätseinstufung zahlreicher Firmen. Die erste Welle von Herabstufungen oder Warnungen davor sei Ende März zu erwarten, heißt es. In einem ersten Schritt würden nun die Bonitätseinschätzungen von Firmen überprüft, die unter den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie besonders stark litten. Dazu gehören Fluggesellschaften, Tourismusanbieter und Ölkonzerne.

Hinzu kommen die negativen Folgen der Corona-Epidemie für den europäischen Finanzsektor. Dieser wird nach Einschätzung der Analysten besonders im ersten Halbjahr negativ betroffen sein. So werde sich vor allem die Kreditqualität verschlechtern, erklärte Moody's. Eine kurzfristige Schwächephase könnten die europäischen Banken zwar abfedern. Schließlich hätten die meisten Geldhäuser in den vergangenen Jahren ihre Kapitalpolster gestärkt und den Anteil fauler Kredite in ihren Büchern abgebaut. Das wahrscheinlichste Szenario sei, dass die direkten negativen Auswirkungen auf den europäischen Bankensektor begrenzt sein dürften. Ein längeres Anhalten der Krise werde aber jedoch auch auf die Banken durchschlagen, da dann mit steigenden Kreditausfällen vor allem bei Darlehen an kleinere und mittlere Unternehmen zu rechnen sei. Zudem würde ein anhaltendes Zinstief sowie eine geringere Nachfrage nach Anleiheemissionen, Börsengängen und anderen Kapitalmarkttransaktionen die ohnehin geringe Profitabilität der Banken weiter belasten. Ratingaktionen wurden aber noch nicht angedeutet.

Italiens Bankensektor vor Herabstufung

Einen Schritt weiter gehen die Analysten von Fitch Ratings. Diese haben ihren Ausblick für den italienischen Bankensektor auf negativ von stabil gesenkt. Hintergrund sind die Auswirkungen der Corona-Krise, von der Italien bislang in Europa am stärksten betroffen ist. Zur Begründung der Ratingaktion heißt es, dass italienische Banken sich aufgrund des sozio-ökonomischen Schocks durch die Ausbreitung des Coronavirus in Italien und den daraus resultieren-

den Auswirkungen auf das Geschäftsumfeld der Banken mit einer Gefährdung der Erträge und Qualität ihrer Vermögenswerte konfrontiert sehen. Der Druck auf die Einnahmen durch die aus der Krise resultierende wirtschaftliche Verlangsamung und die weit verbreitete Aussetzung von Kreditleistungen, die sich auf die Qualität der Aktiva auswirken könnten, seien klare Risiken. Ebenso bleiben notleidende Kredite ein Problem. Zwar wurden bereits in den vergangenen Jahren die Bestände an NPL abgebaut. Diese liegen mit einer Bruttoquote per Ende 2019 von rund 8 Prozent aber immer noch weit über dem europäischen Durchschnitt von unter 4 Prozent. Eine bedeutende Verlangsamung der italienischen Wirtschaftsentwicklung aufgrund der eingeleiteten Maßnahmen zur Eindämmung des Virus dürfte laut Fitch zu einem schnelleren Zufluss neuer NPLs führen. Außerdem könnten Banken, deren Geschäfte stärker von kleinen Unternehmen, Tourismus oder der Aufrechterhaltung der Lieferketten abhängig seien, zusätzlich Druck auf die Qualität ihrer Vermögenswerte spüren. Italiens größere Banken dürften sich hingegen widerstandsfähiger zeigen, da ihre Geschäftsmodelle stärker diversifiziert sind.

Scope: Hohe Liquiditätsquoten bei OIF

Die großen Liquiditätspolster der offenen Immobilienfonds waren in den vergangenen Jahren eine Bürde für die Rendite dieser Produkte. In der Corona-Krise sind die aktuell mehr als 20 Milliarden Euro cash hingegen ein Stabilitätsanker. Die Ratingagentur Scope hat die Mittelzuflüsse und Liquiditätsquoten von 20 offenen Immobilienpublikumsfonds zum Stand 31. Dezember 2019 im Detail untersucht. Die betrachteten Fonds verwalten rund 100 Milliarden Euro. Das Ergebnis: Trotz hoher Netto-Mittelzuflüsse von rund 10 Milliarden Euro im Jahr 2019 hat sich die durchschnittliche nach Fondsvermögen gewichtete Liquiditätsquote kaum verändert. Sie betrug zum Ende des vergangenen Jahres 20,2 Prozent, ein Jahr zuvor waren es 20,3 Prozent. Zurückzuführen ist die Stabilität der Liquiditätsquote vor allem auf weiterhin effektive Liquiditätssteuerung – gegenwärtig arbeiten neun der 20 Fonds mit Kontingentierungen und sind damit nur eingeschränkt investierbar – und rege Investitionsaktivitäten. Zahlreiche Fonds haben selbst in den vergangenen Wochen Netto-Mittelzuflüsse erzielt.

Montenegro nur noch mit stabilem Ausblick

Moody's Investors Service hat Anfang März den Ausblick für die Ratings Montenegros von positiv auf stabil geändert. Gleichzeitig hat Moody's das Rating des B1-Emittenten und der vorrangigen unbesicherten Schuldtitel sowie das Rating des kurzfristigen Emittenten Not Prime (NP) von Montenegro bestätigt. Haupttreiber für die Änderung des Ausblicks sind die erheblichen steuerlichen Risiken, die mit dem Abschluss des vierstufigen Autobahnprojekts Bar-Boljare verbunden sind. Die Gesamtkosten des Autobahnprojekts werden auf etwa 45 Prozent des BIP geschätzt, von denen etwa 25 Prozent auf die noch zu finanzierenden drei Abschnitte entfallen. Die Verschuldung Montenegros gegenüber dem BIP lag Ende 2019 bei etwa 79 Prozent des BIP und damit über dem Median der Staatsanleihen mit B1-Rating von rund 41 Prozent des BIP. Der Einsatz öffentlich-privater Partnerschaften (PPPs) zur Realisierung der verbleibenden drei Abschnitte wird angesichts der wirtschaftlichen Risiken, die das Projekt mit sich bringt, und der Berücksichtigung der begrenzten institutionellen Kapazitäten des Landes voraussichtlich eine Herausforderung darstellen. Selbst wenn diese erreicht werden, werden die PPPs wahrscheinlich die Rückzahlungslast für die Regierung nicht mindern.

Fitch bestätigt Ukraine-Rating

Die internationale Ratingagentur Fitch bestätigte das langfristige Kreditrating der Ukraine in Fremd- und Landeswährung mit „B“. Zur Begründung der Analysten heißt es, dass die Ukraine im Rahmen eines mehrjährigen Programms zur erweiterten Finanzierung weiter mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zusammenarbeiten werde. Dies würde dazu beitragen, die Risiken der Refinanzierung nachhaltig zu verringern, indem der Zugang zu zusätzlicher Außen- und Marktfinanzierung erleichtert, die Makrofinanzstabilität und finanzielle Nachhaltigkeit verstärkt und die Möglichkeit zur Abschaffung von Reformen verringert werden. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass die Ukraine wesentliche Fortschritte bei der Genehmigung einer Reihe von Reformen auf gesetzlicher Ebene erzielt habe, was die Aussichten für das Wirtschaftswachstum fördern würde.